

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffetten und J. S. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expéditeur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Mit der heutigen Nummer beginnt für Berlin ein neues Monats-Abonnement zum Preise von 6 Sgr. incl. Bringerlohn. Man abonniert bei allen Zeitungs-Expeditoren, bei der Expres-Compagnie, Scharrenstraße Nr. 2, und in der Expedition, Dresdenerstr. 85.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 30. Nov. [Zur Drohnotenge-schichte und Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz], die nun einmal zum stehenden Artikel zu werden bestimmt scheint, theilt jetzt auch die officiële Wiener „Debatte“ mit, daß die österreichische Antwort auf die letzte Depesche (vom 14.) in der Frankfurter Angelegenheit unter dem 23. November von Wien nach Berlin abgegangen ist. Ueber den Inhalt derselben schreibt sie: „Die österreichische Regierung erklärt darin im Wesentlichen — übrigens nicht ohne ironisch auf die Pflanze hinzuweisen, deren sich der in Frankfurt zu verpönde Nationalverein in Preußen selbst zu erfreuen habe, — daß sie Preußen auf der Bahn der Einzelmaß-regelungen außerhalb des Bundesweges nicht folgen könne und werde, daß sie aber nach wie vor bereit sei, zu der bundesmäßigen Revision einer Gesetzgebung, die auch sie nicht in allen Stücken genügend erachte, die Hand zu bieten.“ Außerdem macht die „Debatte“ kein Hehl von ihrem Unmuth über die ganze Bismarck'sche Politik seit dem Betreten der Herzogthümer, sondern sie gießt auch die volle Schaaale ihres Zorns darüber aus. So gestattet sich die bekannte „Intimität zwischen beiden Kabinetten“ in der Wirklichkeit. Die „Debatte“ fährt aus: Von Anfang an sei versucht worden, Oesterreichs Eintreten für deutsches Recht nur zum Vortheil Preußens auszubenten; in Wien habe man endlich geglaubt, mit der Gasteiner Convention Ruhe zu gewinnen, aber das selbstsüchtige Andrängen habe von Neuem begonnen. In Paris sei nichts zu erlangen gewesen, statt sich nun aber ganz an den alten Allirten anzuschließen, sei man tief verstimmt über das Gelingen der neuen Anleihe, und greife den neu erstehenden Kaiserstaat bitterer als je an. Auch in der Frankfurter Sache solle Oesterreich nur von seiner alten Bundestreue abgezogen und in preussische Interventionen geläste verwickelt werden. Wahrhaft tragikomisch ist aber bei alledem Lamento das seltsame Bemühen dieser „bundesstreuen“ Uhu, die „versäufte Demokratie“ von dem Rügen überzeugen zu wollen, den Oesterreich dadurch Deutschland leiste. Was es damit auf sich hat, geht am deutlichsten aus einem anderen großen Wiener Blatte hervor, welches in Betreff des von Oesterreich vorgeschlagenen neuen Bundesvereins-gesetzes bemerkt, daß, wenn Preußen darauf ein-

gehen wollte, „mit diesem allgemeinen Besetze dem Vereinswesen in Deutschland gründlich das Lebenslicht ausgeblasen werden würde.“ Doch es ist glücklicher Weise dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel hinein wachsen.

— [Zur Elbherzogthümerfrage] will die „Köln. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle wissen, daß in neuester Zeit von österreichischer Seite Erklärungen abgegeben worden seien, die keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß das Wiener Cabinet unter keinen Umständen in eine Abtretung seiner Rechte gegen eine Geldentschädigung willigen werde, und daß dabei ebenso bestimmt die Februarbedingungen als unannehmbar bezeichnet worden seien.

— [Den budgetlosen Zustand betreffend], sagt die neueste „Prov. Corr.“:

Die Regierung wird es an ihrem Theile gewiß auch fernerhin an redlichem und erstem Streben zur Beilegung des Zwiespalts nicht fehlen lassen; sie kann dies Ziel aber nur erreichen, wenn dasselbe Streben im Abgeordnetenhaufe obwaltet. So weit sich aus den vorläufigen Kundgebungen der Parteiführer ein Urtheil über die nächste Session fällen läßt, dürfte die Regierung wohl schon jetzt darüber im Klaren sein, daß leider auch die bevorstehende Landtags-Session jenen Erfolg noch nicht bringen, daß der dringende Wunsch des Königs auf Verständigung auch jetzt schwerlich in Erfüllung gehen wird, daß vielmehr das Beharren des Abgeordnetenhauses auf seinem verhängnißvollen Wege (1) auch diesmal nur fruchtlose Verhandlungen in Aussicht nehmen läßt. Die Aufgabe der Regierung wird deshalb, wie schon am Schlusse der vorigen Session angedeutet wurde, vermuthlich nur darauf gerichtet sein können, den Gefahren einer leidenschaftlich erregten und unfruchtbaren Session bei Zeiten Einhalt zu thun.

Man sieht, die „Zeidl. Corr.“ und die „Kreuzzeitung“ waren gut informiert.

— [Keine Wandelung in der preussischen Politik] heißt die Ueberschrift eines Artikels der „Prov. Corr.“, in welchem es wohl mit Bezugnahme auf die aus jüngster Zeit stammende Aeußerung der „Kreuzztg.“ über die Annexion heißt:

Es beruht theils auf Irrthum, theils wohl auf böswilliger Absicht, wenn der Regierung die Verantwortung für alle und jede Wendung von Zeitungen aufgebürdet wird, welche vermöge ihrer Stellung durchaus unabhängig sind, und einen eigenen politischen Standpunkt vertreten. Wenn solche Blätter auch im Allgemeinen die Regierung unterstützen und gelegentlich, wie viele Zeitungen, Mittheilungen von derselben empfangen, so sind dieselben doch keineswegs als Organe der Regierung anzusehen und man ist nicht berechtigt, aus ihren selbstständigen Äußerungen, namentlich aus ihren Leitartikeln, irgendwie auf die Absichten der Regierung zu schließen oder die thatsächlichen Unterlagen ihrer Betrachtungen ohne Weiteres als begründigt zu erachten. Vielmehr ist bei jenen selbstständigen und individuellen Erörterungen ein zeitweiser Irrthum über den thatsächlichen Stand und den zu erwartenden weiteren Verlauf der Regierungspolitik ebensowohl möglich, wie bei allen übrigen unabhängigen Organen.

Und ferner: Alle Vermuthungen und Behauptungen von einer

Änderung der Politik Preußens, sei es in der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit, sei es in anderen Fragen, sind jedoch lediglich müßige Erfindungen. Es liegt zu einer solchen Wandelung weder in den Auffassungen der Regierung, noch in der thatsächlichen Lage der politischen Verhältnisse, zumal in den Beziehungen Preußens zu Oesterreich und zu den übrigen Mächten, auch nur der mindeste Anlaß vor.

— [Aus den Elbherzogthümern] meldet die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“: Zur Grenzregulirung hatte Febr. v. Gablenz mit der Stadt Hamburg eine Vereinbarung wegen Umtausches von 61 Quadratfuß Land getroffen. Diese Abmachung wird jetzt von Preußen mit dem Bemerkten beanstandet, Oesterreich dürfe einseitig nicht das geringste Stück holsteinischer Erde abtreten oder verkaufen.

— Diefelbe Zeitung meldet aus Tönning, daß der dortige Bürgerverein geschlossen sei, weil er sich den schleswig-holsteinischen Vereinen angeschlossen habe.

— [Die „Nordd. Allg. Ztg.“] hat, ohne Zweifel in höherem Auftrage, der „Kreuzztg.“ in äußerst maliciöser Form einen Verweis ertheilt, weil sie es „widerfönnig“ genannt, zu glauben, „daß der Kaiser Napoleon die Entwicklung Europa's und Deutschlands von nun an ruhig ihren Gang gehen lassen werde, weil er sich nur noch mit der Befestigung seiner Dynastie beschäftige.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meint, vergleichen sei man fens nur von Demokraten zu hören gewohnt und empfiehlt der conservativen Presse „Vertrauen zum Kaiser und zum Kaiserreiche.“ Der Artikel enthält die plumpesten Schmeicheleien gegen Louis Napoleon. Der Rabe an der Seine wird sich indes schwerlich von dem Fuchse an der Spree fangen lassen. Ganz im Gegentheile füttert er den hungrigen Aar an der Donau, der nicht des Fuchses Freund sein soll.

— [Zur Freilassung Schweiger's] aus der Untersuchungshaft wollen verschiedene Berliner Blätter wissen, daß Aussicht dazu vorhanden sei. Die „Staatsb. Ztg.“ setzt hinzu: Ob mit oder ohne Caution wurde uns nicht gesagt. Die übrigen Blätter sprechen von einer Caution von 5000 Thln. Beantragt aber wurde von dem Verhafteten selbst eine Caution von 1000 Thln. Uns ist vorläufig noch nichts Bestimmtes darüber bekannt geworden, als, daß das Richtercollegium (in erster Instanz) den Antrag auf Freilassung abgelehnt hat und dieser jetzt den Instanzenweg durchlaufen wird.

— [Ueber preussische Pressfreunden] berichtet die heutige „Berl. Reform“:

Freigeiprochen ist in zweiter Instanz Redacteur und Verleger der „Nordhäuser Ztg.“, die wegen eines Artikels in der Münchener Sache mit einer Geld-büße von 20 resp. 10 Tblr. belegt worden waren. — Freigegeben ist die legt confiscirte Nummer der Gumbinner „Preuß.-Litt. Ztg.“, durch Spruch des Kreisgerichts. Zur Beschlagnahme hatte ein Bericht über einen geschichtlichen Vortrag Anlaß gegeben, der in einem dortigen Vereine gehalten worden und in dem von dem „verhafteten Ministerium Eichhorn“ die Rede gewesen war. Selbst der dortige Staatsanwalt schien der u. A. von

den Berliner Preßrichtern in dem neuesten Proceffe gegen Jacoby aufgestellten Ansicht von der Solidarität aller je existirt habenden Ministerien in Preußen nicht folgen zu können, er hat gegen den freigehebenden Beschluß des Gumbinner Kreisgerichts keinen Einspruch erhoben. — Conscience wurde in Polen die Montagnummer des „Dziennik poznancki“ wegen eines Berichtes von Merzbach. — Das Steirer Appellationsgericht hat in der „Anflamer Ztg.“ eine nicht unwichtige Entscheidung gefällt. Das Blatt war angeklagt, weil es in der Veröffentlichung eines verurtheilenden Preßerkennnisses die inkriminirten Stellen noch einmal abgedruckt hatte, die Gerichte erster und nun auch zweiter Instanz haben jedoch erlaubt, daß diese Reproduktion, in Verbindung mit der Mittheilung des Urtheils, nicht strafbar sei, da die Absicht, den Frieden zu stören (darauf lautete die neue Anklage) daraus nicht hervorgehe.

* **Wien, 28. Nov.** [Vom croatischen Landtag. Die Preßfreiheit. Auch Ersparungen. Betheiligung an der Anleihe.] Auf dem croatischen Landtag ist zwischen der fusionistischen Linken (der Linken der ungarischen Partei) und dem Präsidium des Landtags ein neuer Conflict entstanden. Während, wie wir gestern gemeldet haben, die Fusionisten gegen die ohne Weiteres beschlossene Zulassung von Deputirten zweifelhaften Mandats protestirten, haben sie jetzt den Präsidenten zur Constituirung des Landtags aufgefordert, da Wahlen von zwei Dritttheilen seiner Mitglieder als ordnungsmäßig erkundet und bestätigt worden seien. Der Präsident glaubte dieser Aufforderung nicht entsprechen zu sollen. Es kam zu hitziger Debatte und das Präsidium beharrte auf seiner Weigerung. Darauf machte die fusionistische Linke durch ihr Ausbleiben aus der letzten Sitzung den Landtag beschlußunfähig. Die Linke beschließt, sich in einer Vorstellung an den Kaiser zu wenden und man rechnet mit Zuversicht darauf, eine geeignete Form zur Beilegung auch dieses neuen Conflicts zu finden. — Die Preßfreiheit hat bereits ihre hier unvermeidlichen Einschränkungen erfahren; das Polizeiministerium hat einen Commentar erlassen, durch den das Ganze fraglich wird. Insbesondere soll den betreffenden Beamten die gewissenhafteste Ueberwachung der Personen von zweideutiger politischer Haltung an's Herz gelegt worden sein. Die Art der Ueberwachung ohne Postrevision scheint demnach dem subjectiven Ermessen der Beamten vorbehalten zu bleiben. (!) — Das Kriegeministerium hat eine Ersparungsordre erlassen, welche auch anderweitig gerechte Aufmerksamkeit erregen wird: Die Beamten sollen fortan nur auf die amtliche „Wiener Zeitung“ abonniren, außerdem sollen, nicht ohne Nebenabsichten, die den Fuß der Hölzlinge bildenden gebohnten Parquet's künstlich nur in den Zimmern der obersten Ebeis zulässig sein. — Die Zeichnungen auf die Anleihe waren in ganz Oesterreich höchst geringfügig. Man zählte auf Frankreich. In Wien sollen im Ganzen kaum 8 Millionen gezeichnet sein. In Prag war die Summe so gering, daß man sich schämt, sie zu veröffentlichen. Eine gewiß lehrreiche Erscheinung, und ein Beweis dafür, wie das Vertrauen zu der Zukunft des Habsburger Staates in Oesterreich gesunken ist.

* **München, 28. Nov.** [Zum italienischen Handelsvertrag], wird von hier telegraphirt, daß ein Telegramm der Wiener „Presse“, welches meldet, Würtemberg und Hannover hätten Noten hiehergeschickt, des Inhalts, daß beide Regierungen die wirtschaftliche Dringlichkeit eines Handelsvertrages mit Italien nicht anerkennen, vollkommen grundlos ist.

Ausland.

* **Paris, 28. Nov.** [Tagesbericht.] Die „France“ hält von der geheimnißvollen Zurückhaltung, in Betreff des Resultates der politischen Sendung des nun aus Oesterreich zurückgekehrten Mac Mahon, daß es mit seiner „politischen Mission“, von der Wiener Blätter sprechen, nichts sei. Die Zuavenrebellion auf Martinique kann jetzt selbst von den amtlichen Blättern nicht länger lutzgeschwiegen werden und macht großes Aufsehen. Es ist das erste Beispiel der Art in der französischen Armee, und kommt den Plänen des Kaisers, der bekanntlich an Ausdehnung des Zuaventhums, als des zuverlässigsten und tüchtigsten im

Heere denkt, nicht gerade gelegen. Auch macht der „Moniteur“ schon Wien, die Zuaven zu entschuldigen, indem er ihre Empörung aus einer „strengen und streng ausgeführten“ Ordnungsmäßigkeit herleitet. Außerdem ist es sehr unangenehm, daß die heimlichen Truppen-Transporte nach Mexiko, welche trotz aller friedliebenden Versicherungen an das Cabinet des Präsid. Johnson in erhöhtem Maße fort dauerten, auf diese Weise an das Tageslicht treten, zugleich aber auch ein so bedrückendes Zeichen der Unlust gegeben wird, mit welcher die Französischen Truppen nach dem „Acclimationsgarten“ — so nennt der Französisch Soldat die Mexikanischen Kirchhöfe — spazieren.

Der „Wiener neuen freien Presse“ schreibt man darüber:

Ein Militärkramall in den großartigsten Dimensionen hat sich auf der Insel Martinique zugetragen. Zuaven, Marinejoldaten und Gensd'armen haben sich an den Wällen und Glacis des Forts Desaix in regelrechter Weise bekämpft, und es kostete der brudermörderische Streit beinahe so viel Opfer, wie ein formgerechter Zusammenstoß mit dem Feind im offenen Feld. Die Nachricht hat hier den überflüssigen Eindruck hervorgebracht, die peinlichsten Betrachtungen erweckt. Der Zuave ist nun einmal der Liebling der großen Menge, der uniformirte Typus des militärischen Ruhmes, und gleichsam so recht aus dem Eingeweide der Seinesstadt hervorgegangen. Der Jonjou wird in den Cafés Chantants und den Ateliers durch Lieb und Wert gefeiert, und die Gensd'armes, wie man scherzweise die ersten, meistens aus dem Abbau der Porzellan-Verseinerung gebildeten Vataillone dieses Specialcorps nannte, sind auf ihre Heimath in den Lumpenhöhlen hinter dem Pantheon so stolz, wie die rechtgläubigen Moslims auf Mekka und Medina. Der arme Jonjou ist nun in Martinique jämmerlich heimgeschickt worden; er hatte Durst und wollte trinken, und der Gouverneur ließ ihm, der 1003 Exemplare stark in einem Transportschiff wie in einer Feringastonne eingepackt, nach dem keineswegs gelobten Lande Mexico spedirt wurde, nicht aus dem Fort heraus, in dem unfreiwillige Raft gehalten werden sollte. Die Einwohner von Fort-de-France, die schon bei früheren Gelegenheiten die Lebenswürdigkeit dieser Elite-Truppen in allzu reichlichem Maße genossen hatten, ersuchten die Behörden, die tapferen Gasse möglichst von ihren Straßen fern zu halten. Die Privatbriefe aus Fort-de-France melden, hatte der Gouverneur Recht, die Verbindung des Forts und seiner Wälle mit der Stadt möglichst zu beschränken, allein er war dagegen auch gehalten, den armen Kerls, die nach einer langen und äußerst beschwerlichen Seefahrt sich körperlich und geistig erholten wollten, alle möglichen Erleichterungen zu gewähren. Dies geschah aber nicht. Der Wein, der im Fort verkauft wurde, war schlecht und sehr theuer; was war also natürlicher, als daß die verzweigten Gassen, die, beifällig gesagt, erst in Mexiko in ihre betreffenden Regimenter eingereiht werden sollten und nahe an 1100 Mann an der Zahl und von nur fünf Officieren commandirt wurden, anderwärts zu trinken begehrien. Es kam zum Streit mit der Wache, und so entspann sich die blutige Valgerei, die über 20 Tode und über 50 Verwundete kostete. Wenn aber der Gouverneur anfangs eine zu kleinliche Strenge entfaltete, so hat er, nothwendig vom frommen militärischen Standpunkte aus beurtheilt, beim Ende eine bedenklliche Schwäche gezeigt. Er mußte mit eiserner Hand eingreifen und die meuterische Rote nach aller Strenge des Kriegesrechtes behandeln, nicht aber sie an Marschall Bazaine zur beliebigen Abstrafung spediren. Anstatt gegen die Masse einzuschreiten, ließ er die einzelnen Zuaven, die ohne Waffen in den Straßen umherliefen, von den Gensd'armen wie wilde Thiere hegen und niederschlagen. Dabei soll, nach dem Bericht von Augenzeugen, die verhältnismäßig große Zahl von Todten und Verwundeten auf Seite der Zuaven herabfallen.

Es verlautet jetzt hier, daß der Gouverneur von Martinique seiner Stelle entsetzt werden soll. Man findet, daß er zu streng gegen die Zuaven austrat und so die erste Ursache zu den traurigen Scenen war, die in Fort de France stattfanden und einen so blutigen Anschlag hatten. — Zur Cholera-Conferenz haben nun auch die griechische und die dänische Regierung ihre Zustimmung erklärt. — Die Nachricht, es sei eine polnische National-Regierung in Paris unter Mikroslawski's Vorherrschaft gebildet, wird von Mikroslawski selbst für grundlos erklärt. — Die spanisch-chilenische Streitfrage scheint in ein neues Stadium treten zu wollen und die neuesten spanischen Depeschen beweisen zur Genüge, daß der spanische Nationalstolz doch noch nicht ganz zu den verjährt Dingen gezählt werden darf. Gestern gegen Abend stattete Herr Bermudez de Castro bei Drouyn de Lhuys

einen längeren Besuch ab, in welchem er ihm die Note vorlas, welche sein Ministerium an die spanischen Agenten im Auslande gerichtet. Spanien ist danach weit entfernt, so ohne Weiteres den chilenischen Ansprüchen nachzugeben, wie man soeben noch glauben gemacht. Noch mehr, Hr. Bermudez de Castro soll sich im Verlaufe des Gesprächs noch über die Haltung der englischen und französischen beeinflusst wie unabhängigen Presse sehr bitter geäußert und entschieden darauf hingewiesen haben, wie unrecht es sei, auf diese Weise dem „liberalen spanischen Ministerium“ von Seiten der „liberalen Westmächte“ vermehrte Schwierigkeiten geschaffen zu sehen, während es doch den conservativen Staaten Europa's gegenüber schon der Natur der Sache nach eine durchaus isolirte Stellung einnehme. Auch die Börse zeigt sich von dieser Verfinsterung der Situation etwas angegriffen. — Die „Debats“ enthalten heute Briefe aus Rom, denen zufolge vom Cardinal Antonelli, in so fern es eine Versöhnung Roms mit Italien betrifft, nichts zu hoffen ist: „Derselbe machte zwar gewisse Versprechungen, habe es auch fertig gebracht, daß die Römer an das Zustandekommen einer Annäherung an Italien glaubten, auch sei es ihm gelungen, in Europa die Meinung zu verbreiten, daß der römische Hof von den friedlichsten Gesinnungen besetzt sei, dieses alles sei aber nicht ernstlich gemeint, sondern nur darauf berechnet, Italien anscheinend in Unrecht zu versetzen, die Diplomatie einzuschläfern, um Zeit zu gewinnen, und nicht das Geringste zu thun, um ein Abkommen zu Stande zu bringen.“ Wenn man den Correspondenten des Temps glauben schenken darf, so steht Oesterreich aber auch immer noch auf einem Standpunkte, der die September-Convention vollständig ignorirt und als nicht bestehend ansieht. Herr v. Hübner habe deshalb, wie auch zur Zeit Herr v. Bach, die Instruction erhalten, den genannten Vertrag vollständig außer Acht zu lassen und ihn als eine Sache zu betrachten, welche nicht existire. Diese Haltung Oesterreichs ist nicht ohne Einfluß auf die weiteren Beschlüsse des römischen Hofes geblieben, und ganz geeignet, die durch den Abfall des bisher so getreuen Baierns erschütterte Stimmung der Clericalen in Rom wieder zu heben. Zugleich rechnet man in Rom wieder auf eine plötzliche Aenderung der französischen Politik, an der die Anhänger des Papstes in Frankreich mit großem Eifer arbeiten. Man hofft namentlich, daß irgend ein revolutionäres Factum es denselben ermöglicht, mit Ungestüm die Fortdauer der Occupation zu verlangen. — Es ist also auffallend bemerkt worden, daß kein einziger Russe nach Compiegne eingeladen worden.

* **London, 28. Nov.** [Fenierproceß. Stephens. Der „trauke Mann“ und die Times.] Gestern hat in Dublin vor der Special-Commission die Verhandlung des Proceßes gegen die Fenier begonnen. Wie der „Times“ telegraphisch gemeldet wird, wurden nur die Geschworenen, die Zeugen und die von Amts wegen berechtigten Advocaten in's Gerichtsgelände zugelassen und dieses von der Polizei und einer militärischen Reservemannschaft streng überwacht. Die große Jury erklärte die gegen Luby erhobene Anklage für rechtlich begründet, desgleichen die anderen Anklagen. Luby's Anwalt verlangte Abschrift der Anklage-Acte, die ihm auch bewilligt ward, worauf er verschiedene Einwendungen machte, die der Gerichtshof aber zurückwies. Das Richmond-Gefängniß steht unter strenger Bewachung. — Von Stephens hat man noch nichts weiter erfahren. Der Flucht dieses Fenier-Führers legt die „Morning Post“ übrigens nicht die mindeste Wichtigkeit bei, da die Hauptleitung der Conspiration ja nicht in Irland, sondern in America sei. Die „Times“ jagen auch, das Publicum habe ein nur sehr geringes Interesse an Stephens' Schicksal, aber sie findet es doch recht unerbaulich, daß die Fenier bis in's Gefängniß hinein ihre Verzweigungen haben; wenn man Fenier zu Wächtern über Verräther und Rebellen machen könne; wie werde es dann in den Arsenalen und Dockyards ausfallen. — Einem Wiener Telegramm zufolge habe England den Oesterreichern gewünschte Concessionen gemacht und sei der Abschluß des Handels-Ver-